

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

100

Theresa Anna Escherich

Die Einschätzungsprärogative der Tarifvertragsparteien in Bezug auf den allgemeinen Gleichheitssatz



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 100

Theresa Anna Escherich

Die Einschätzungsprärogative der Tarifvertragsparteien in Bezug auf den allgemeinen Gleichheitssatz



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München, 2021

ISBN 978-3-8487-8764-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-3331-1 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis einschließlich September 2021 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. *Martin Franzen* für die Betreuung der Arbeit und die schnelle Erstellung des Erstgutachtens, sowie die außerordentlich schöne und lehrreiche Zeit, die ich als Studentin, Referendarin und Doktorandin an seinem Lehrstuhl verbringen durfte. Zudem danke ich Herrn Professor Dr. *Volker Rieble* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Vielen Dank an Herrn Dr. *Andreas Salzmann* und Herrn Dr. *Joachim Wutte* für die Durchsicht des Manuskripts und an die Herausgeber dieser Schriftenreihe für die Aufnahme der Arbeit in die Studien zum deutschen und europäischen Arbeitsrecht.

Nicht zuletzt geht ein großes Dankeschön an meine Eltern *Therese* und *Jobann* und meine Schwester *Eva*, die mich auf meinem Weg stets unterstützen. Und an Dich, lieber *Michi*: Danke für alles.

München, im Dezember 2021

Theresa Anna Escherich

Inhaltsübersicht

Einführung	15
Kapitel 1: Grundlagen	19
A. Allgemeiner Gleichheitssatz	19
B. Grundrecht der Koalitionsfreiheit	21
C. Bindungswirkung der Grundrechte	22
Kapitel 2: Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien in Rechtsprechung und Schrifttum	26
A. Kern des Einordnungsproblems	26
B. Entwicklung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung	26
C. Meinungsstand in der Literatur	32
Kapitel 3: Dogmatische Stellungnahme zur Grundrechtsbindung der Tarifparteien	42
A. Vorfragen	42
B. Unmittelbare Grundrechtsbindung bei öffentlichen Arbeitgebern	51
C. Mittelbare Grundrechtsbindung der Übrigen	56
D. Begründung der mittelbaren Bindung an den allgemeinen Gleichheitssatz	57
E. Zusammenfassung	65
Kapitel 4: Bestandsaufnahme zur tarifparteilichen Einschätzungsprärogative	66
A. Tarifparteiliche Einschätzungsprärogative in der Rechtsprechung	66
B. Tarifparteiliche Einschätzungsprärogative in der Literatur	69
C. Fehlen konkreter Vorgaben	73

Inhaltsübersicht

Kapitel 5: Bestimmung der bestehenden Problemfelder	75
A. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 31.3.2018: Nachtzuschläge mit und ohne Schichtarbeit	75
B. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 19.12.2018: Überstundenzuschläge bei Teilzeit	87
C. Fazit: Vergleichsgruppenbildung und Zweckermittlung	93
Kapitel 6: Problemorientierte Entwicklung eines Prüfungsmaßstabs	94
A. Vergleichsgruppenbildung	94
B. Zweckermittlung	117
C. Sachliche Rechtfertigung durch ermittelten Zweck	136
D. Zusammenfassung: Prüfungsmaßstab für den allgemeinen Gleichheitssatz unter Berücksichtigung der Tarifautonomie	142
Kapitel 7: Einschätzungsprärogative in besonderen Konstellationen	146
A. Gleichheitskontrolle und öffentliche Arbeitgeber	146
B. Gleichheitskontrolle und Festlegung des persönlichen Geltungsbereichs	148
C. Gleichheitskontrolle und Außenseiter	157
Kapitel 8: Einfluss der europäischen Rechtsprechung	165
A. Aktuelle Vorabentscheidungsverfahren in tariflichen Gleichheitsfragen	165
B. Auswirkungen auf die tarifliche Einschätzungsprärogative	168
C. Zusammenfassung	182
Kapitel 9: Wesentliche Ergebnisse	184
Literaturverzeichnis	189

Inhaltsverzeichnis

Einführung	15
Kapitel 1: Grundlagen	19
A. Allgemeiner Gleichheitssatz	19
B. Grundrecht der Koalitionsfreiheit	21
C. Bindungswirkung der Grundrechte	22
I. Unmittelbare Grundrechtsbindung der Staatsgewalt	22
II. Mittelbare Grundrechtsbindung Privater	23
Kapitel 2: Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien in Rechtsprechung und Schrifttum	26
A. Kern des Einordnungsproblems	26
B. Entwicklung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung	26
I. Unmittelbare Grundrechtsbindung	27
II. Abkehr von der Delegationstheorie	28
III. Mittelbare Grundrechtsbindung	30
1. Begründung der mittelbaren Grundrechtsbindung	31
2. Begründung der gerichtlichen Kontrolle	31
C. Meinungsstand in der Literatur	32
I. Unmittelbare Grundrechtsbindung	32
1. Macht durch Normsetzung	32
2. Normative Wirkung gegenüber Außenseitern	34
II. Mittelbare Grundrechtsbindung	34
1. <i>Canaris</i> als Wegbereiter	34
2. Notwendigkeit der Grundrechtsbindung	35
3. Begründung der mittelbaren Bindung	36
a) Tarifvertragsparteien als Grundrechtsträger	36
b) Tarifverträge als kollektiv ausgeübte Privatautonomie	37
c) Tarifverträge als Kompromiss	38
d) Freiwilligkeit der Mitgliedschaft	38
III. Andere Ansätze	39
1. Grundrechtsbindung nur bei Funktionsstörungen der Privatautonomie	39

Inhaltsverzeichnis

2. Abschließende Regelung durch Grundrecht der Koalitionsfreiheit	40
3. Keine Bindung an den allgemeinen Gleichheitssatz	41
Kapitel 3: Dogmatische Stellungnahme zur Grundrechtsbindung der Tarifparteien	42
A. Vorfragen	42
I. Bedürfnis einer Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien	42
II. Relevanz der Art der Grundrechtsbindung	44
1. Auswirkungen auf Prüfungskompetenzen und Einschätzungsprärogative	45
a) Dimensionen der Grundrechte	45
b) Schwächen ergebnisorientierter Betrachtung	47
c) Auswirkungen auch beim allgemeinen Gleichheitssatz	48
2. Rechtssicherheit	49
III. Keine Auswirkung der Rechtsnatur von Tarifverträgen auf die Art der Grundrechtsbindung	50
B. Unmittelbare Grundrechtsbindung bei öffentlichen Arbeitgebern	51
I. Tarifverträge im öffentlichen Dienst	51
II. 6. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 19.12.2019	52
III. Öffentliche Arbeitgeber als öffentliche Gewalt	53
C. Mittelbare Grundrechtsbindung der Übrigen	56
D. Begründung der mittelbaren Bindung an den allgemeinen Gleichheitssatz	57
I. Keine unmittelbare Bindung	57
II. Drittwirkung und allgemeiner Gleichheitssatz	57
1. Unterschied zwischen Freiheits- und Gleichheitsrechten	57
2. Stadionverbotsbeschluss des Bundesverfassungsgerichts	58
a) Sachverhalt und Gründe	58
b) Folgerung: Mittelbare Grundrechtsbindung durch Entscheidungsmacht	60
3. Vereinbarkeit mit der Privatautonomie	62
III. Stadionverbotsbeschluss als Begründungshilfe für mittelbare Bindung der Tarifparteien an allgemeinen Gleichheitssatz	63
1. Tarifvertrag als „spezifische Konstellation“	63

2. Ausstrahlungswirkung im Tarifrechtsstreit	64
E. Zusammenfassung	65
Kapitel 4: Bestandsaufnahme zur tarifparteilichen Einschätzungsprärogative	66
A. Tarifparteiliche Einschätzungsprärogative in der Rechtsprechung	66
I. Bundesverfassungsgericht	66
II. Bundesarbeitsgericht	67
B. Tarifparteiliche Einschätzungsprärogative in der Literatur	69
I. Bloße Willkürkontrolle	69
II. Spielraum bei sachlichem Grund	71
III. Notwendigkeit einfachgesetzlicher Normen	72
IV. Einschätzungsprärogative als Richtigkeitsvermutung	72
C. Fehlen konkreter Vorgaben	73
Kapitel 5: Bestimmung der bestehenden Problemfelder	75
A. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 31.3.2018: Nachtzuschläge mit und ohne Schichtarbeit	75
I. Sachverhalt und Gründe	75
II. Rechtsprechungsentwicklung zu Nachtarbeitszuschlägen	78
III. Gespaltenes Echo in instanzgerichtlicher Rechtsprechung und Literatur	81
1. Instanzgerichtliche Rechtsprechung	81
a) Verstoß gegen allgemeinen Gleichheitssatz	81
b) Kein Verstoß gegen allgemeinen Gleichheitssatz	82
2. Literatur	85
B. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 19.12.2018: Überstundenzuschläge bei Teilzeit	87
I. Sachverhalt und Gründe	87
II. Rechtsprechungsentwicklung zu Überstundenzuschlägen bei Teilzeit	91
III. Gespaltenes Echo in instanzgerichtlicher Rechtsprechung und Literatur	91
C. Fazit: Vergleichsgruppenbildung und Zweckermittlung	93

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 6: Problemorientierte Entwicklung eines Prüfungsmaßstabs	94
A. Vergleichsgruppenbildung	94
I. Bedeutung der Ungleichbehandlungsprüfung	94
1. Rechtsprechung von Bundesverfassungsgericht und Bundesarbeitsgericht	94
2. Ansichten im Schrifttum	95
II. Tarifaufonomie und Vergleichsgruppenbildung	96
1. Allgemeines zur Vergleichsgruppenbildung	97
2. Vergleichsgruppenbildung beim allgemeinen Gleichheitssatz	98
3. Vergleichsgruppenbildung und Typisierung	100
4. Auswirkungen der Tarifaufonomie	101
a) Herausarbeiten möglicher Vergleichsgruppen	103
b) Festlegen des relevanten Vergleichsgruppenpaares	105
aa) Gleichgewicht zwischen Tarifaufonomie und Kontrolle	105
bb) Konkretes Vorgehen im abgestuften Dreischritt	107
III. Tarifaufonomie verleiht Vergleichsgruppenbildung Relevanz	109
IV. Vermeintliche Problemfälle	113
1. Verbindliche gesetzliche Vergleichsgruppenpaare	113
2. Tarifregelungen mit festem Blickwinkel	115
B. Zweckermittlung	117
I. Rechtfertigungsprüfung in der Rechtsprechung	117
1. Bundesverfassungsgericht zu Gesetzen der Legislative	117
2. Bundesarbeitsgericht zu Tarifverträgen	118
II. Ermittlung des Regelungszwecks durch Auslegung	119
1. Problemaufriss	119
2. Ansätze zur Auslegung des normativen Teils von Tarifverträgen	120
3. Vorgehen des Bundesarbeitsgerichts	121
4. Bedeutung der Auslegung für den allgemeinen Gleichheitssatz	123
III. Lösungsvorschlag: Zweckermittlung unter Berücksichtigung der Einschätzungsprärogative der Tarifparteien	124
1. Ausgangsüberlegungen	124
a) Einschätzungsprärogative beachtet	125
b) Einschätzungsprärogative gefährdet	126

2. Zweckbasierte Auslegung zur Auswahl eines Zwecks von mehreren möglichen Zwecken	128
a) Typischer Zweck	128
b) Tarifauskunft mit Zweckfrage	130
aa) Tarifauskunft im arbeitsgerichtlichen Verfahren	131
bb) Tarifauskunft als Chance für die Tarifautonomie	131
cc) Problem: Uneinheitliche Tarifauskunft	133
3. Zusammenfassung zur Zweckermittlung	135
C. Sachliche Rechtfertigung durch ermittelten Zweck	136
I. Tarifautonomie kein Rechtfertigungsgrund	137
II. Richtigkeitsgewähr beeinflusst sachlichen Grund	139
D. Zusammenfassung: Prüfungsmaßstab für den allgemeinen Gleichheitssatz unter Berücksichtigung der Tarifautonomie	142
I. Erste Stufe: Ungleichbehandlung	142
II. Zweite Stufe: Rechtfertigung	144
Kapitel 7: Einschätzungsprärogative in besonderen Konstellationen	146
A. Gleichheitskontrolle und öffentliche Arbeitgeber	146
B. Gleichheitskontrolle und Festlegung des persönlichen Geltungsbereichs	148
I. Kontrollmaßstäbe in Rechtsprechung und Schrifttum	149
1. Keine Einigkeit in der Rechtsprechung	149
2. Keine Einigkeit im Schrifttum	150
II. Übertragung des zuvor entwickelten Maßstabs	152
1. Mittelbare Grundrechtsbindung auch bei Geltungsbereichsfestlegung	152
2. Konkretes Prüfungsvorgehen	154
3. Koalitionsspezifische Motive als möglicher Herausnahmezweck	155
C. Gleichheitskontrolle und Außenseiter	157
I. Allgemeinverbindlicherklärung	157
II. Betriebsnormen	160
III. Bezugnahme Klauseln	163
IV. Keine strengere Gleichheitsprüfung des Tarifvertrags	164

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 8: Einfluss der europäischen Rechtsprechung	165
A. Aktuelle Vorabentscheidungsverfahren in tariflichen Gleichheitsfragen	165
I. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 11.11.2020: Überstundenzuschläge bei Teilzeit	165
II. 10. Senat des Bundesarbeitsgerichts vom 9.12.2020: Nachtzuschläge mit und ohne Schichtarbeit	167
B. Auswirkungen auf die tarifliche Einschätzungsprärogative	168
I. Überstundenzuschläge bei Teilzeit: Einzelbetrachtung oder Gesamtbetrachtung der Vergütungsbestandteile	168
II. Nachtzuschläge mit und ohne Schicht: Durchführung von Europarecht?	171
1. Grundlagen	171
2. Bundesarbeitsgericht: Mögliche Rolle des IAO-Übereinkommens	173
3. Keine Regelung der Zuschlagshöhe im Unionsrecht	174
III. Sachliche Rechtfertigung durch vorgelegten Zweck	175
1. Tarifparteiliche Einschätzungsprärogative im Europarecht	175
2. Sachliche Rechtfertigung der Teilzeitregelung	177
3. Sachliche Rechtfertigung der Nachtzuschlagsregelung	178
a) Anwendbarkeit des europäischen Gleichheitssatzes auf Tarifverträge	178
b) Schlechtere Planbarkeit als zulässiger Rechtfertigungsgrund	180
C. Zusammenfassung	182
Kapitel 9: Wesentliche Ergebnisse	184
Literaturverzeichnis	189